



Ehemalige Aldi-Angestellte Büsow
Bizarrer Besuch von den Vorgesetzten

ARBEITSMARKT

„System der Angst“

Als Arbeitgeber bekam Aldi bislang recht gute Noten. Doch es häufen sich Beschwerden von Mitarbeitern über unbezahlte Überstunden, Schikanen und sogar Denunziationen.

Als Romy Büsow von ihrer Heimat Sassnitz auf Rügen nach Norderstedt bei Hamburg zog, freute sie sich, endlich einen ordentlich bezahlten Arbeitsplatz gefunden zu haben. Sie sollte in einer Filiale als „Verkaufsstellenverwalterin“ eingearbeitet werden, um sie später ganz zu übernehmen. 2300 Euro brutto bot ihr Aldi – mehr als sie in ihrer alten Heimat Mecklenburg-Vorpommern hätte verdienen können.

Die gelernte Einzelhandelskauffrau hatte keine Vorbehalte gegen den Discounter, als Arbeitgeber bekam Aldi bislang vergleichsweise gute Noten. Im Mai vergangenen Jahres fing sie an. Mittlerweile hat sie ihre Illusionen verloren. „Das Unternehmen geht genauso miserabel mit seinen Mitarbeitern um wie andere Discounter auch“, bilanziert die 37-Jährige. „Es kann die Defizite nur besser kaschieren.“

Büsow klagte gegen ihren früheren Arbeitgeber. Vordergründig geht es bei ihrem Prozess, den sie nun vor dem Landesarbeitsgericht in Kiel führt, um die Rücknahme ihrer Kündigung. Tatsächlich werden dabei vor allem die rauer werdenden Methoden des einst so erfolgsverwöhnten Discounters beleuchtet, der neuerdings spürbare Umsatzeinbußen hinnehmen muss.

Im Fall Büsow geht es um Vorwürfe wegen unbezahlter Überstunden und firmen-

gelenkter Betriebsräte, schikanösen Drucks und sogar Denunziation durch Kollegen. Ihre Geschichte ähnelt anderen Fällen. „Aldi missachtet systematisch grundlegende Arbeitnehmerrechte“, behauptet der Kieler Arbeitsrechtler und Büsows Anwalt Eckhard Harbs. „Es herrscht ein System aus Angst und Schrecken.“

Die Aldi-Beschäftigte Tina Engel wollte sich mit den Methoden nicht abfinden. „Sobald man den Mund aufmacht und seine Rechte in Anspruch nehmen will, wird man unbequem, und es wird sich etwas ausgedacht, um einen loszuwerden“, sagt Engel. Nach juristischen Auseinandersetzungen einigte man sich auf einen Aufhebungsvertrag.

In Berlin wurde im April eine Kommissionkontrolleurin zu einem Aufhebungsvertrag gedrängt, andernfalls werde „die Sache durch mehrere Abmahnungen geregelt“, so schildert die Frau Gespräche mit ihren Vorgesetzten. Aldi warf ihr vor, häusliche Probleme mit ihrem Lebensgefährten seien für ihre angebliche Konzentrationsschwäche und daraus folgende Fehler verantwortlich. Sie selbst bestreitet diese Version vehement. Der Lebensgefährte ist ebenfalls bei Aldi im Lager beschäftigt. Laut der 47-Jährigen wurde sie von ihren Chefs mehrfach aufgefordert, sich von ihm zu trennen. Wissen wollte man auch, ob ihr

Partner bei den nächsten Betriebsratswahlen kandidieren wolle.

Ebenfalls in Berlin wurde ein stellvertretender Filialleiter nach Geschäftsschluss nach eigenen Angaben in seinem Markt eingeschlossen: Seine Vorgesetzten hätten erklärt, ihn nicht eher gehen zu lassen, bis er einen Aufhebungsvertrag unterschrieben habe. Der Betriebsrat der Aldi-Niederlassung Großbeeren protestierte. In einem Rundschreiben heißt es: „Dieses Verhalten der Vertreter der Geschäftsleitung erfüllt den Tatbestand der Freiheitsberaubung und Nötigung.“

Aldi bestreitet das. Auch an den „Mobbing-Vorwürfen“ sei nichts dran, heißt es in einer Stellungnahme der Aldi-Nord-Zentrale in Essen. „In unserem Unternehmen wird nämlich nicht gemobbt.“ Romy Büsow sieht das anders. Ihre Probleme hätten damit begonnen, sagt sie, dass sie statt der tariflich festgelegten 37,5-Stunden-Woche regelmäßig 50 bis 55 Stunden arbeiten musste – ohne zusätzliche Bezahlung.

Zwar warnt ihr Arbeitsvertrag, die „tarifliche Wochenarbeitszeit reicht für eine erfolgreiche Einarbeitung bzw. Tätigkeitsausübung als verantwortungsbewusste Verkaufsstellenverwalterin nicht aus. Deswegen erwarten wir von Ihnen die jederzeitige Bereitschaft, die erforderliche Mehrarbeit zu leisten“. Doch diese Gratis-Mehrarbeit ist auf maximal 7,5 Stunden pro Woche begrenzt – auf dem Papier.

Tatsächlich beginnt der Frühdienst für viele angehende und ausgebildete Führungskräfte häufig gegen sechs Uhr, um rechtzeitig zur Ladenöffnung um acht Uhr mit dem Einsortieren der Ware fertig zu sein. Ähnlich sieht es abends aus: Dann gestehe der Konzern, so Büsow, seinen Beschäftigten zum Reinigen und Abrechnen zehn Minuten zu. „Das kann niemand schaffen“, sagt sie. „Vor neun Uhr abends habe ich so gut wie nie den Laden verlassen.“

Auch andere Kollegen beklagen sich über diese Praxis. „In unseren Läden wird krass gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen“, sagt der Aldi-Mitarbeiter Bernd Westermann in einer NDR-Dokumentation. „Da werden 13, 14 Stunden durchgearbeitet, weil Personal fehlt und wir die Läden auf Biegen und Brechen offen halten.“

Die Arbeitszeiten werden überdies auf Handzetteln vom Filialleiter notiert und nicht durch übliche Zeiterfassungssysteme. Was das bedeutet, bekam Büsow zu spüren, als sie wegen einer Handverletzung längere Zeit krankgeschrieben wurde.

Es war im September vergangenen Jahres, ihr Arzt wollte ihr wegen eines Karpaltunnelsyndroms – einer Krankheit, bei der ein Nerv an der Handwurzel eingeklemmt wird – eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellen und seine Patientin zu einem Handchirurgen überweisen. Wegen



GREGOR SCHLAGER

Aldi-Filiale in Wedel, Schleswig-Holstein: „In unserem Unternehmen wird nicht gemobbt“

massiven Drucks aus der Firmenspitze habe sie zunächst darauf verzichtet, sagt Büssow. Mitte November wurden die Schmerzen unerträglich, der Arzt riet dringend zur Operation, da Daumen und Zeigefinger bereits taub waren. Der Termin wurde auf den 1. Dezember festgesetzt. Als Büssows Bezirksleiter davon erfuhr, sei er am Telefon „sehr laut geworden“ und habe „kein Verständnis für meine Erkrankung und die Schmerzen“ gezeigt, erinnert sie sich. Als Verkaufsstellenleiterin könne sie sich so einen Ausfall nicht erlauben.

Obwohl sie bis Jahresende krankgeschrieben war, habe sie zeitweise nahezu Vollzeit mitgearbeitet, so Büssow. Erfasst wurde ihre Arbeitszeit allerdings nicht. Falls jemand frage, sollte sie erklären, sie sei nur zufällig im Laden, habe ihr Bezirksleiter gesagt.

Stefan Buttke, Geschäftsführer von Aldi Nord in Nortorf, erklärt dagegen, sie sei gar nicht krankgeschrieben gewesen: „Frau Büssow wurde aufgrund entsprechender Rücksichtnahme auf ihren Zustand von ihrem Vorgesetzten nur insgesamt knapp zehn Stunden eingesetzt“ und lediglich mit „leichten Dispositionsarbeiten betraut“. Warum dieses „arbeitgeberseitige Entgegenkommen eine kritisierende Fragestellung durch den SPIEGEL auslöste“, sei Aldi Nord „unverständlich“.

Dabei ist leicht zu erklären, warum Aldi ein Interesse daran hat, möglichst wenig Arbeitszeit zu registrieren und zu bezahlen. Der Discounter misst die „Leistung“ einer Filiale anhand einer schlichten Kennziffer, sie errechnet sich aus dem Monatsumsatz einer Filiale geteilt durch die angefallenen Mitarbeiterstunden. Große Märkte mit viel Laufkundschaft erzielen bis zu tausend Euro pro Mitarbeiterstunde. In kleineren Filialen lässt sich die „Leistung“ aber oft nur optimieren, wenn noch schneller gearbeitet oder die Arbeit gar nicht mehr abgerechnet wird.

Als Büssow sich beschwerte, hätten Schikanen begonnen, klagt sie. Schließlich erhielt sie eine Abmahnung. Inhalt: Sie habe gegen 16 Uhr die Verkaufsstelle verlassen, ohne „gegen die Müllverschmutzung des Einkaufswagensammelplatzes und des Eingangsbereiches vorzugehen“. Zudem bemängelten Bezirks- und Verkaufsleiter, die „Darbietung der Schauvitrine“ sei nicht „anweisungsgemäß“, um schließlich akribisch jede Tomate und Paprika aufzuführen, die im nicht mehr verkaufsfähigen Zustand vorgefunden wurde.

Am 7. Februar, sagt Büssow, habe sie bizarren Besuch bekommen. Drei ihrer Vorgesetzten hätten ihr auf einem mitgebrachten Notizblock eine Eigenkündigung diktiert. Erst tags darauf sei ihr klargeworden, was sie getan hatte. Sie widerrief und unterrichtete den Betriebsrat. Doch der reagierte nicht und sandte ihr stattdessen das obligatorische Anhörungsformular der Geschäftsführung, die den Vorgang inzwischen in eine ordentliche Kündigung umgewandelt hatte.

Geschäftsführer Buttke sagt dazu: „Frau Büssow wurde angeboten, zur Vermeidung einer arbeitgeberseitigen Kündigung einen Aufhebungsvertrag abzuschließen. Für alle überraschend hat Frau Büssow jedoch ihre Eigenkündigung geschrieben.“

Der Nortorfer Betriebsrat ließ eine Anfrage des SPIEGEL unbeantwortet. Generell haben Betriebsräte bei Aldi einen schweren Stand. Wenn es überhaupt welche gibt, gehören sie häufig der Pseudogewerkschaft Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) an, die

damit bekannt geworden ist, dass ihr Gründer Wilhelm Schelsky Unternehmen anbot, die AUB als eine arbeitgeberfreundliche Mitarbeiterorganisation zu installieren.

Andreas Hamann kennt etliche solcher Fälle. Der Autor des „Schwarzbuch Lidl“ will demnächst zusammen mit einem langjährigen Berliner Aldi-Betriebsrat ein „Schwarzbuch Aldi“ veröffentlichen. „Aldi-Leute arbeiten unter hohem psychischem Druck, teilweise sogar unter dem Druck der Kollegen“, so Hamann. „Dieser Druck wird von den Vorgesetzten erzeugt.“

Romy Büssow hat das hautnah erfahren. Geschäftsführer Buttke und sein Bezirksleiter wiesen Mitarbeiter ihrer Filiale an, sich schriftlich über sie zu äußern. Da heißt es, sie habe „keine Führungsqualität“, sei „labil und weinerlich“. Sie habe „immer sehr pünktlich Feierabend gemacht“, während „wir gerne auch mal länger geblieben“. Buttke sagt dazu, man habe lediglich „wissen wollen, wie sich die Mitarbeiter zu Behauptungen von Frau Büssow stellen“.

Das Arbeitsgericht in Neumünster war für Büssows Klage nicht empfänglich. Dass Druck auf sie ausgeübt worden ist, konnte sie nicht belegen. Sie hatte keine Zeugen, Aldi dagegen drei. Sie verlor.

Nach Darstellung von Aldi Nord herrsche bei dem Unternehmen ein Klima der Einvernehmlichkeit zwischen Führungskräften und einfachen Beschäftigten. Die „Druck-Behauptung“ sei das übliche anwaltliche Instrument, um abgeschlossene Aufhebungsverträge nachträglich in Zweifel zu ziehen. Auch halte man sich an das

Arbeitszeitgesetz und verlange „von unseren Führungskräften eine diesbezügliche Kontrolle und Durchsetzung“. Die Aldi-Nord-Unternehmensgruppe taue nicht „für das schiefe Bild, das von Einzelnen gezeichnet wird“.

Ver.di dagegen registriert eine steigende Nachfrage nach gewerkschaftlichem Rechtsschutz bei Arbeitsprozessen gegen Aldi. Und Autor Hamann berichtet, dass in großen Städten wie Berlin, Köln oder Hamburg „nahezu täglich“ Prozesse geführt würden, an denen

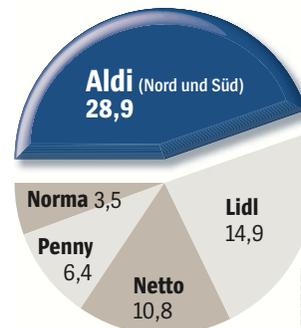
Aldi beteiligt sei. In Internetforen tauchen sich Beschäftigte über die schlechten Arbeitsbedingungen aus, viele der Betroffenen treffen sich regelmäßig, um sich über Vorkommnisse zu informieren.

Büssow selbst glaubt nicht mehr daran, dass ihre Kündigung zurückgezogen und sie je wieder bei Aldi arbeiten wird. Immerhin hat sie inzwischen einen neuen Job gefunden: bei der Billigkette Netto.

JANKO TIETZ

Platzhirsch

Umsatz deutscher Discounter in Milliarden Euro*



* Schätzung; Quelle: „Lebensmittel-Zeitung“

DER SPIEGEL